

Zur Erklärung – Notstand der Republik

JUGENDAKTIONSAUSSCHUSS NOTSTAND DER REPUBLIK

***„Im Grunde haben wir seit dem 11. September 2001,
in Wahrheit seit dem 9. November 1989, seit dem Fall der Mauer,
eine völlig veränderte Bedrohungslage.“
(Schäuble, SZ, 8./9.4.2006)***

In der Tat hat sich seit 1989 einiges in diesem Land verändert:

**„Wir verurteilen die Maßnahmen der Regierenden, welche die Demokratie in diesem Land gefährden...
Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg
gegen andere Völker vorbereitet wird...“**

Das seit 1990 größer gewordene Deutschland führt Krieg. In offiziell elf Staaten dieser Erde sind deutsche Soldaten stationiert. Die „Verteidigung deutscher Interessen auch am Hindukusch“ (Peter Struck, ehemaliger Verteidigungsminister, Pressekonferenz, 5.12.2002), ist nicht nur in Afghanistan Realität geworden. Mit Kriegsgerät, mit Truppen, aber auch mit Diplomatie und mit vermeintlich friedlicher Außenpolitik mischt dieses Land wieder überall dort mit, wo „deutsche Interessen“ verteidigt bzw. durchgesetzt werden sollen.

Dies alles geschieht in aller Offenheit und scheinbar ohne größere Gegenwehr der hiesigen Bevölkerung. Sehr deutlich spricht die Bundesregierung aus, was ihrer Ansicht nach Gründe für den Einsatz der Bundeswehr seien. In ihren verbindlichen Richtlinien zur Verteidigungspolitik, dem sogenannten „Weißbuch des Verteidigungsministeriums“

(www.weissbuch.de), zählt sie auf, was die Bundeswehr in Zukunft an Aufgaben zu bewältigen hat: Unkontrollierte „Migrationsbewegungen“, die Störung des freien Welthandels, sogenannte „asymmetrische Bedrohungen“ und, und, und. Dies nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland: Denn „die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind heute fließend“ wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2004 feststellte. Ein Land, das den Kriegskurs fährt, braucht eine kriegsfähige und kriegswillige Bevölkerung. Es kann niemanden brauchen, der diesen Kriegsplänen einen Strich durch die Rechnung macht. Deshalb müssen die deutschen Interessen nicht nur am Hindukusch, sondern auch „in Hindelang [Bayern] verteidigt werden“ (Schäuble, zitiert im Spiegel, 16.7.2007). Wie die Umsetzung dessen aussieht, können wir bereits feststellen.

**„...die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten,
wie z. B. im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum...“**

Aus den Erfahrungen des deutschen Faschismus, aus den Erfahrungen mit einem Reichssicherheitshauptamt und einer Geheimen Staatspolizei, wurde von den Westalliierten am 14.4.1949 der sogenannte „Polizeibrief“ auf Grundlage des Potsdamer Abkommens beschlossen. Er sollte verhindern, dass es jemals wieder zu solch einer undemokratischen, nicht mehr kontrollierbaren staatlichen Machtkonzentration in der Bundesrepublik Deutschland kommen kann. Deshalb wurde im „Polizeibrief“ die strikte Trennung von Polizeien und Geheimdiensten festgelegt, die Unterordnung von Landes- und Ortspolizeien unter eine Bundespolizei und die Ausstattung des Verfassungsschutzes mit Polizeibefugnissen kategorisch verboten. Das alles hat bis heute Gültigkeit.

Heute im Jahr 2007 gibt es wieder eine Bundespolizei, ausgestattet mit Sonderbefugnissen, wie den „verdachtsunabhängigen Kontrollen“, dem „Unterbindungsgewährsam“ bis zu vier Tagen und den geheimdienstlichen Tätigkeiten, wie Telefonüberwachung und Observation.

Heute im Jahr 2007 sind Geheimdienste, Militär und Polizei zusammengelegt. Damit wurde eine Zentralisierung der Staatsmacht geschaffen, wie es sie nie wieder geben sollte. Ein Beispiel dafür ist das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum in Berlin-Treptow. Dort sind u.a. das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst, der Militärische Abschirmdienst der Bundeswehr und die Bundespolizei miteinander vereint. Diese tragen ihre Informationen nicht nur zusammen, sondern werden auch sofort operativ tätig. Die Informationen werden in nächster Zukunft durch eine beispiellose Überwachung der Bevölkerung gesammelt. Durch die Erfassung aller Staatsbürger vom Säugling bis zum Greis durch eine einheitliche Steuernummer, durch die Zentralisierung des Meldewesens, durch die Ausschnüffelung unserer Online-, Telefon- und Bankverbindungen, durch die Anti-Terror- und die Schülerdatei, soll eine staatliche Kontrolle in allen Lebensbereichen der Bevölkerung gegeben sein.

„...die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden...“

Unter der Führung des Streitkräfteunterstützungskommandos werden zur Zeit 429 Verbindungskommandos in Landkreisen und kreisfreien Städten, sowie 34 Verbindungskommandos auf Ebene der Bezirksregierung, 16 Landeskommandos und vier Wehrbereichskommandos mit Reservisten der Bundeswehr eingerichtet.

Jedem Landkreis bzw. jeder kreisfreien Stadt stehen dadurch, über die BRD verteilt, 10 000 ausgebildete Soldaten zur Seite, mit dem Auftrag: „Schutz der Bevölkerung

und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen.“ (Verteidigungspolitische Richtlinien 2003) Dazu werden die Soldaten „nicht in einer militärischen Liegenschaft untergebracht, sondern in einem Büro der zugeordneten zivilen Behörden, um bereits im Grundbetrieb in das ‚kommunale Netzwerk Katastrophenhilfe‘ eingebunden zu sein.“ („Basisinformation zur Neuordnung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit bei Hilfeleistungen / Amtshilfe“ von 2007)

„...der Einsatz der Bundeswehr im Inland...“

Der Notstand wird zum Normalzustand und die Bundeswehr unser täglicher „Begleiter“ im zivilen Leben.

Was darunter zu verstehen ist, zeigt die erste Großübung gegen zehntausende Demonstranten und ansässige Bevölkerung in und um Heiligendamm, bei der die Bundeswehr eigenmächtig agierte.

Heiligendamm war nicht der erste Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Durch alltägliche Katastrophenfälle, wie Papstbesuche oder Fußballweltmeisterschaften, wurde die Bevölkerung bereits an den Einsatz von Soldaten gewöhnt.

In Heiligendamm waren es nicht nur Soldaten, die die Bevölkerung erwarteten, sondern Tornados und Spürpanzer. Was dahinter steckt, erkennt man an den Truppenübungen.



Februar 2007: Soldaten des JgBtl 292 bei der Ausbildung gegen Demonstranten (sämtliche „Demonstranten“ tragen Blaumänner).

„...und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden...“

Ein weiterer Bestandteil des „Heimatschutzes“ ist die sogenannte Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ). Im Rahmen dieser sollen die Verbindungskommandos ständige Verbindung mit den zivilen Hilfsorganisationen wie Feuerwehren, Arbeiter-Samariter-Bund, Rotes Kreuz, Johanniter, Malteser, DLRG u.v.m. aufbauen.

Durch diese Zusammenarbeit werden zusätzlich sämtliche zivile Mitarbeiter dieser Hilfsorganisationen faktisch in den

Dienst der Bundeswehr gestellt. Nicht mehr Lebensrettung ist dann angesagt, sondern Zuarbeit für den Dienst an der Waffe.

Bis 2010 sollen sämtliche ZMZ-Stützpunkte aufgebaut werden. Zusätzliche ca. 5000 Reservisten sollen für die Zusammenarbeit rekrutiert werden, da diese über eine „besondere Mittlerfunktion“ zwischen Zivilgesellschaft und Bundeswehr verfügten.

„...und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze...“

Die Hartz-Gesetze haben nicht nur zur Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung, besonders von Kindern und Jugendlichen geführt, sondern sie auch elementarer Grundrechte beraubt.

Hier seien zwei Beispiele genannt:

• Freiheit der Berufswahl (Artikel 12), die durch die Verpflichtung von ALG-II-Empfängern, jegliche Arbeit anzunehmen, außer Kraft gesetzt ist.

• Die Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13), die durch Hausbesuche zur Überprüfung von Angaben, wie beispielsweise ob eine eheähnliche Gemeinschaft vorliegt, außer Kraft gesetzt ist.

So hat der Zoll – eigentlich ein Organ zur Kontrolle des Warenverkehrs an den Grenzen – die Aufgabe übertragen bekommen, zu kontrollieren ob „Sozialleistungen nach dem SGB III zu Unrecht bezogen werden“ (www.zoll.de).

**Widerstand tut Not: Wir sind freie Bürger und wollen freie Bürger bleiben und keine Untertanen sein.
Nein zur Zerschlagung des Grundgesetzes. Kein Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk und andere Völker. Schluss mit diesem Staatsumbau, der der BRD völkerrechtlich und vom Grundgesetz untersagt ist.
Widerstand wird zur ersten Bürgerpflicht. GEGEN den NOTSTAND DER REPUBLIK!**

Auf die Straße gegen den Notstand der Republik

DEMONSTRATION

Bremen, 12:00 Uhr, Hillmannplatz beim Hbf

Unterstützer der Demonstration:

Freie Deutsche Jugend – Gruppe Bremen • Jugendliche aus dem Ensemble „Die Tage der Commune“ (Brecht/Eisler) – Roter Pfeffer • Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Hamburg • ver.di Jugend Hamburg • 26 IG Metall Vertrauensleute und Betriebsräte von DaimlerChrysler Bremen • Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD – Ortsgruppen Bremen und Hamburg • Bremer Friedensforum • Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen • Vertrauensleuteausschuss IG Metall Hamburg

Abfahrtsort:

Hamburg 09:30 Uhr, DGB-Haus (Besenbinderhof), Kontakt: 0172 4186350

Erfurt, 12:00 Uhr, Bahnhofsvorplatz

Unterstützer der Demonstration:

Freie Deutsche Jugend – Gruppe Frankfurt • IG Metall Jugend Erfurt • Jugend-Aktions- und Projektwerkstatt (JAPS) Jena • linksjugend [solid] Thüringen • Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Jena • Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Jugendgruppe Freiberg • Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD – Ortsgruppen Frankfurt und Köln • Deutsche Kommunistische Partei Thüringen • Heiner Fink (Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) • KAD Dresden (Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden) • Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE.Thüringen • Roter Tisch Ostthüringen • Singeclub „Ernesto Ché Guevara“ e.V. • Thüringer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Abfahrtsorte:

Frankfurt 08:00 Uhr, vor dem DGB-Haus (Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77), Kontakt: 0172/3476304
Köln 06:30 Uhr, DGB Haus (Hans-Böckler-Platz 1), Kontakt: koeln-gegen-notstand@web.de / 0176 23233235
Leipzig 07:00 Uhr, Hauptbahnhof Gleis 13, Kontakt: 0174 6923274

Regensburg, 13:00 Uhr, Parkallee beim Hbf („Schwammerl“)

Unterstützer der Demonstration:

Antifaschistische Jugend München (AJM) • Freie Deutsche Jugend – Gruppe München • linksjugend [solid] Bayern • Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz • ver.di Jugend Bayern • ver.di Jugend Oberpfalz • Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD – Ortsgruppen München, Nürnberg und Regensburg • Motorradclub „Kuhle Wampe“

Abfahrtsorte:

Bayreuth 08:45 Uhr, Hauptbahnhof (Eingang), Anmeldung/Info: demo.3.11.regensburg@gmx.net
Kelheim 12:00 Uhr, Abfahrt vom Wöhrdplatz, Anmeldung/Info: 0176 22977939
München Anmeldung/Info: regensburg0311@gmail.com
Nürnberg 10:00 Uhr, Hauptbahnhof (Südausgang), Anmeldung/Info: demo.3.11.regensburg@gmx.net
Rosenheim 09:15 Uhr, Bahnhof, Anmeldung/Info: demo.3.11.regensburg@gmx.net
Traunstein 08:30 Uhr, Bahnhof, Anmeldung/Info: demo.3.11.regensburg@gmx.net
Würzburg 09:10 Uhr, Hauptbahnhof (Eingang), Anmeldung/Info: demo.3.11.regensburg@gmx.net

Stand 22. 9. 2007. Weitere Unterstützer und Abfahrtsorte unter www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de

Informiert Euch über die Hintergründe

Broschüre des Jugendkongress – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin im Kino Kosmos (Karl-Marx-Allee) der Jugendkongress – Notstand der Republik statt. Mit verschiedenen Referaten wurde über den derzeitigen Umbau des Staates und dessen Hintergründe informiert. Diese Referate sind als Broschüre erhältlich.

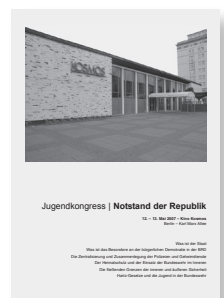
Preis: 2,00 Euro

Bestellung beim Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik

Spendet, denn Widerstand kostet

Wir brauchen Geld, um Flugblätter, Plakate u. a. zu finanzieren. Kontoverbindung:

Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, Bank: Postbank Essen, Name: M. Wildmoser



Jugend gegen Notstand der Republik

DEMONSTRATION

Erklärung

der Teilnehmer des Jugendkongresses

Notstand der Republik

Aus folgenden Organisationen in der BRD und der ehemaligen DDR:

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, FDJ, IGM-Jugend,
Jugendensemble „Die Tage der Commune“ (Brecht/Eisler), KPD(B), PDS, SJD – Die Falken, ver.di-Jugend,
Young Socialists Gotha

Wir verurteilen die Maßnahmen der Regierenden, welche die Demokratie in diesem Land gefährden. Dazu zählen wir insbesondere:

- die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum
- den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden
- und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.

Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird. Das ist die Zukunft, welche die Herrschenden für uns vorbereiten. Wir aber werden nicht Mörder an unserergleichen. Wir werden weder gegen unser Volk noch gegen andere Völker in den Krieg ziehen.

Im Kampf für unsere Zukunft brauchen wir jedes bisschen Demokratie.

Aus diesen Gründen erklären wir, dass wir gegen den Umbau des Staates kämpfen werden.

Wissend, dass dieser Schuh noch ein wenig zu groß für uns ist, treten wir damit in die Fußstapfen der Bewegung, die in den 60er Jahren gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gekämpft hat unter der Losung „Notstand der Demokratie“ und kämpfen heute gegen den „Notstand der Republik“, so wie auch damals der Kampf von der Jugend begonnen wurde.

Berlin, 13. Mai 2007

Samstag, 3. November 2007

BREMEN
12 Uhr

Hillmannplatz
beim Hbf

ERFURT
12 Uhr

Bahnhofsvorplatz

REGENSBURG
13 Uhr

Parkallee beim Hbf
(„Schwammerl“)

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser